

Mainz, 24.01.2014

Antrag **1892/2013/2 zur Sitzung Stadtrat am 04.12.2013**

Änderungsantrag zum Antrag 1892/2013/1 der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen "Hilfestellung für Zuwanderer aus neueren EU-Betriebsstaaten" (CDU)

Der Antrag wird folgendermaßen geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Frage der Hilfestellung für Zuwanderer aus neueren EU-Beitrittsstaaten mit dem Land Rheinland-Pfalz und mit Unterstützung durch den Städtetag Verhandlungen aufzunehmen und ein Konzept auszuarbeiten, wie die Stadt Mainz durch die vorgeschlagenen Hilfestellungen finanziell nicht belastet wird. In den Verhandlungen wird nach Möglichkeiten gesucht, wie die Punkte 1. bis 7. des Ursprungsantrags finanziert werden können bzw. zur Umsetzung kommen.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuwirken, dass die beim Land angesiedelte Arbeitsgruppe „Armut und Gesundheit“ nach mehr als 1 ½ Jahren endlich Lösungen findet, um den Menschen in den Notlagen zu helfen. Dabei soll, wie bereits öffentlich eingefordert, die Stadt Mainz über einen Notfonds des Landes entsprechende Mittel für wohnungslose Menschen erhalten.

Schließlich sollte das Thema auf einer der nächsten Sitzung des Sozialausschusses ausführlich behandelt werden.

Begründung:

Eine nähere Begründung erfolgt mündlich.

Hannsgeorg Schöning
Fraktionsvorsitzender

